



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ

Frankfurt, 6. September 2012

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung informieren, an der auch der Präsident der Eurogruppe, Premierminister Juncker, und Kommissions-Vizepräsident Rehn teilgenommen haben.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat heute beschlossen, die **Leitzinsen** der EZB unverändert zu belassen. Aufgrund der hohen Energiepreise und Erhöhungen indirekter Steuern in einigen Euro-Ländern gehen wir davon aus, dass die Inflationsraten im weiteren Verlauf dieses Jahres über der 2 %-Marke bleiben werden. Im kommenden Jahr dürften sie wieder unter diese Marke fallen und sich über die geldpolitisch relevante Frist weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln. In Übereinstimmung hiermit ist die Grunddynamik der monetären Expansion nach wie vor verhalten. Die Inflationserwartungen für die Wirtschaft im Eurogebiet bleiben fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2 % zu halten. Das Wirtschaftswachstum im Euroraum dürfte weiterhin schwach bleiben, wobei die anhaltenden Spannungen an den Finanzmärkten sowie eine erhöhte Unsicherheit das Vertrauen und die Stimmung belasten. Eine erneute Verschärfung der Spannungen an den Finanzmärkten könnte zu erhöhten Risiken sowohl beim Wachstum als auch bei der Teuerung führen.

Vor diesem Hintergrund hat der EZB-Rat heute die Modalitäten für die Durchführung von geldpolitischen Outright-Geschäften (Outright Monetary Transactions, OMTs) an den Sekundärmärkten für Staatsanleihen im Eurogebiet beschlossen. Vor einem Monat hatten wir bereits
Übersetzung: Deutsche Bundesbank

darauf hingewiesen, dass wir in der Lage sein müssen, den geldpolitischen Transmissionsmechanismus in allen Ländern des Euroraums zu schützen. Wir sind bestrebt, die Einheitlichkeit unserer Geldpolitik zu wahren und die ordnungsgemäße Übertragung unseres geldpolitischen Kurses auf die Realwirtschaft im gesamten Eurogebiet zu gewährleisten. Die OMTs werden uns dazu verhelfen, gegen schwere Verwerfungen an den Staatsanleihemärkten vorzugehen, die insbesondere auf unbegründete Ängste seitens der Anleger bezüglich der Reversibilität des Euro zurückzuführen sind. Unter den entsprechenden Bedingungen wird uns somit ein hochwirksamer Sicherungsmechanismus zur Vermeidung destruktiver Szenarien, die die Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet vor gravierende Herausforderungen stellen könnten, zur Verfügung stehen. Ich möchte an dieser Stelle wiederholen, was ich bereits letzten Monat sagte: Wir handeln strikt im Rahmen unseres Mandats zur Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere Sicht. Wir handeln unabhängig bei der Festlegung der Geldpolitik. Und der Euro ist irreversibel.

Um das Vertrauen wiederherzustellen, müssen die politischen Entscheidungsträger im Euro-Währungsgebiet die Haushaltskonsolidierung, Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung europäischer Institutionen mit großer Entschlossenheit vorantreiben. Zugleich müssen die Regierungen bereitstehen, die EFSF/den ESM an den Anleihemärkten zu aktivieren, wenn außergewöhnliche Umstände an den Finanzmärkten vorherrschen und Risiken für die Finanzstabilität bestehen; hierbei hat strenge und wirksame Konditionalität im Einklang mit den bestehenden Leitlinien zu gelten. Für die Durchführung und Effektivität der Outright-Geschäfte ist es unabdingbar, dass die Regierungen ihre Verpflichtungen einhalten und die EFSF/der ESM ihre Aufgaben erfüllen. Einzelheiten zu den geldpolitischen Outright-Geschäften werden in einer gesonderten Pressemitteilung bekannt gegeben.

Darüber hinaus fasste der EZB-Rat Beschlüsse, um die Verfügbarkeit angemessener Sicherheiten für die Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems sicherzustellen. Einzelheiten zu diesen Maßnahmen werden ebenfalls in einer gesonderten Pressemitteilung bekannt gegeben.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Die jüngsten Statistiken weisen darauf hin, dass das reale BIP im Euro-Währungsgebiet im zweiten Jahresviertel 2012 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen ist, nachdem im vorangegangenen Vierteljahr ein Nullwachstum verzeichnet worden war. Die Konjunkturindikatoren deuten in einem Umfeld erhöhter Unsicherheit auf eine anhaltend schwache Wirtschaftstätigkeit im weiteren Jahresverlauf hin. Über die kurze Frist hinaus betrachtet rechnen wir damit, dass sich die Wirtschaft im Eurogebiet nur sehr allmählich erholt. Die Wachstumsdynamik

dürfte weiterhin durch den notwendigen Prozess der Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor, die vorhandene hohe Arbeitslosigkeit und eine uneinheitliche weltwirtschaftliche Erholung gedämpft werden.

Den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom September 2012 zufolge wird das Jahreswachstum des realen BIP im laufenden Jahr zwischen -0,6 % und -0,2 % und im Jahr 2013 zwischen -0,4 % und 1,4 % liegen. Gegenüber den im Juni 2012 veröffentlichten, von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen wurden die Bandbreiten für 2012 und 2013 nach unten korrigiert.

Die Risiken für die wirtschaftlichen Aussichten für das Eurogebiet sind abwärts gerichtet. Sie ergeben sich insbesondere aus den Spannungen an einigen Finanzmärkten des Euroraums und deren möglichem Übergreifen auf die Realwirtschaft des Euro-Währungsgebiets. Diese Risiken sollten durch wirksame Maßnahmen aller politisch Verantwortlichen eingedämmt werden..

Die jährliche HVPI-Teuerungsrate für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im August 2012 auf 2,6 % nach 2,4 % im Vormonat. Ausschlaggebend hierfür war in erster Linie ein erneuter Anstieg der in Euro notierten Energiepreise. Angesichts der aktuellen Preise der Öl-Terminkontrakte könnten die Preissteigerungsraten etwas höher ausfallen als vor einigen Monaten erwartet, im Verlauf des kommenden Jahres dürften sie aber wieder auf unter 2 % zurückgehen. Über die geldpolitisch relevante Frist dürfte der zugrunde liegende Preisdruck vor dem Hintergrund eines verhaltenen Wachstums im Euroraum und fest verankerter langfristiger Inflationserwartungen moderat bleiben.

Den aktuellen von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet zufolge wird die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate 2012 zwischen 2,4 % und 2,6 % sowie 2013 zwischen 1,3 % und 2,5 % liegen. Verglichen mit den im Juni 2012 veröffentlichten gesamtwirtschaftlichen Projektionen von Experten des Eurosystems fallen die projizierten Bandbreiten etwas höher aus.

Die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung sind mittelfristig nach wie vor weitgehend ausgewogen. Aufwärtsrisiken bestehen im Zusammenhang mit einer weiteren Anhebung indirekter Steuern aufgrund der erforderlichen Haushaltskonsolidierung. Abwärtsrisiken ergeben sich vor allem aus den Auswirkungen eines schwächer als erwartet ausfallenden Wachstums im

Eurogebiet, insbesondere infolge einer weiteren Verschärfung der Spannungen an den Finanzmärkten und den daraus resultierenden Folgen für die binnenwirtschaftlichen Komponenten der Inflation. Wird diese Verschärfung nicht von allen politischen Entscheidungsträgern im Euroraum durch wirksame Maßnahmen eingedämmt, könnte dies zu verstärkten Abwärtsrisiken führen.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so blieb die Grunddynamik der monetären Expansion unverändert. Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 erhöhte sich im Juli 2012 auf 3,8 %, verglichen mit 3,2 % im Vormonat. Die Beschleunigung des M3-Wachstums war in erster Linie einer gestiegenen Liquiditätspräferenz zuzuschreiben, die sich in einem weiteren Anstieg der jährlichen Zuwachsrate des eng gefassten Geldmengenaggregats M1 von 3,5 % im Juni auf 4,5 % im Juli widerspiegelte.

Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an den privaten Sektor (bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen) fiel im Juli mit 0,5 % (nach 0,3 % im Vormonat) weiterhin gering aus. Die jährliche Zuwachsrate der MFI-Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und private Haushalte blieb gedämpft und belief sich (jeweils bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen) auf -0,2 % bzw. 1,1 %. Das verhaltene Kreditwachstum ist weitgehend Ausdruck der schwachen Aussichten für das BIP, einer erhöhten Risikoaversion sowie anhaltender Bilanzanpassungen bei den privaten Haushalten und den Unternehmen; alle diese Faktoren dämpfen die Kreditnachfrage. Überdies wird das Kreditangebot in einer Reihe von Euro-Ländern nach wie vor durch die Segmentierung der Finanzmärkte und Kapitalengpässe bei den Banken beeinträchtigt.

Mit Blick auf die Zukunft ist es wichtig, dass die Banken ihre Widerstandsfähigkeit auch künftig weiter erhöhen, sofern dies erforderlich ist. Die Solidität der Bankbilanzen wird von wesentlicher Bedeutung sein, wenn es darum geht, sowohl eine angemessene Bereitstellung von Krediten an die Wirtschaft als auch die Normalisierung aller Finanzierungskanäle zu unterstützen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich der wirtschaftlichen Analyse zufolge die Preise auf mittlere Sicht weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln dürften. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Auch wenn derzeit gute Fortschritte erzielt werden, so besteht in vielen europäischen Staaten nach wie vor ein bedeutender Bedarf an strukturellen und fiskalischen Anpassungen. In **struktureller Hinsicht** sind im gesamten Euroraum weitere rasche und entschlossene Reformen an den Güter-
Übersetzung: Deutsche Bundesbank

und Arbeitsmärkten erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit verbessern, die Anpassungsfähigkeit steigern und höhere nachhaltige Wachstumsraten erzielen zu können. Diese Strukturreformen werden auch die Haushaltskonsolidierung sowie die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung ergänzen und stützen. Im Bereich der **öffentlichen Finanzen** kommt es entscheidend darauf an, dass die Regierungen alles Notwendige tun, um ihre Ziele für das laufende Jahr sowie die kommenden Jahre zu erreichen. Dabei sollte die erwartete zügige Umsetzung des Fiskalpakts einen Hauptbeitrag zur Stärkung des Vertrauens in die Solidität der öffentlichen Finanzen leisten. Von wesentlicher Bedeutung ist es auch, die Schaffung europäischer Institutionen mit großer Entschlossenheit voranzutreiben.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.